

Statement zu den aktuell vorgelegten Empfehlungen der FinanzKommission Gesundheit (FKG)

- Die Vorschläge der FKG zum Einsparpotential gefährden den Pharmastandort Deutschland und die künftige Versorgung von Patient*innen mit innovativen Arzneimitteln und Impfstoffen
- Die Politik ist gefragt, den Pharmastandort nachhaltig zu stärken, damit innovative Arzneimittel auch in Zukunft Patient*innen in Deutschland zur Verfügung stehen, insbesondere auch im Kontext der Preis-Referenzierung durch die US-Administration (Most Favoured Nation)

31. März 2026 - Zu den aktuell vorgelegten Vorschlägen der FinanzKommission Gesundheit (FKG) äußert sich Heidrun Irschik-Hadjieff, Vorsitzende der Geschäftsführung von Sanofi Deutschland:

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag das richtige Ziel formuliert: Deutschland soll zum weltweit innovativsten Chemie-, Pharma- und Biotechnologiestandort werden. Die Vorschläge der Finanz-Kommission Gesundheit konterkarieren dieses Ziel. Sie nehmen eine systematische Schwächung des Pharmastandorts Deutschland in Kauf – mit gravierenden Folgen für Wirtschaftskraft und Patientenversorgung.

Wir fordern daher:

1. Keine Erhöhung des Herstellerabschlags

In den letzten zehn Jahren konnte der Anteil der Arzneimittel an den GKV-Ausgaben trotz eines erheblichen Mengenwachstums konstant zwischen 16 und 18 Prozent gehalten werden. Darüber hinaus leisten Arzneimittel und Innovationen der industriellen Gesundheitswirtschaft einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitssystems und zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität. So lag 2025 der Sparbeitrag der pharmazeutischen Industrie durch Festbeträge, individuelle und gesetzliche Rabatte bei rund 29 Milliarden Euro. Dabei machen Arzneimittel nur einen kleinen Teil der Ausgaben im Gesundheitswesen aus. Dennoch zahlt die Pharmaindustrie seit Jahren einen Herstellerabschlag, den keine andere Branche in Deutschland entrichten muss. Die nun vorgeschlagene Verdopplung des Herstellerabschlags sowie die zusätzliche weitere Dynamisierung wäre ein klarer Bruch mit der Pharmastrategie und würde die Planungssicherheit für pharmazeutische Unternehmen in Deutschland in Frage stellen.

Die Pharmaunternehmen trifft keine Finanzierungsverantwortung für Ausgabenentwicklungen in anderen Leistungsbereichen, für die der Herstellerabschlag nicht als "Verschiebeparkplatz" zweckentfremdet werden darf. Eine Erhöhung des Abschlags würde die Innovationskraft der Branche sowie weitere Investitionen am Standort Deutschland stark gefährden.

2. Keine Selektivverträge für therapeutisch gleichwertige Arzneimittel unter Patent

Die Vorschläge, im patentgeschützten Markt „therapeutisch vergleichbare“ Arzneimittel in einem „Cluster“ zusammenzufassen und davon ausgehend zusätzlich einem Preis- und Selektionswettbewerb zu unterwerfen, lehnen wir entschieden ab. Solche zusätzlichen

Eingriffe sind weder notwendig noch sachgerecht. Vielmehr besteht die Gefahr einer Verschlechterung der Versorgung für Patient*innen, wenn medizinisch notwendige Alternativen aus der Versorgung verdrängt werden. Deutschland würde durch dieses Vorgehen seine bislang gute Ausgangslage mit Blick auf den frühen und umfassenden Zugang zu innovativen Arzneimitteln in Europa verlieren.

Ärzt*innen müssten sich nach dem Ergebnis eines Bieterverfahrens richten, statt primär nach medizinischen Gesichtspunkten entscheiden zu dürfen. Das würde eine erhebliche Einschränkung der ärztlichen Therapiefreiheit und eine Verschlechterung der Versorgung bedeuten. Das AMNOG-Verfahren wäre dadurch ausgehebelt. Die eigentliche Arzneimitteltherapieentscheidung würde de facto von den Krankenkassen – und damit nach finanziellen Kriterien – getroffen werden. Patient*innen würde die Möglichkeit genommen, eine Therapie nach ihren Präferenzen zu erhalten. In der Praxis käme dieses Vorgehen einer Leistungskürzung gleich.

3. Keine Verschärfung der Preis-Mengen-Regelungen

Mengenbezogene Regelungen dürfen nicht zu einem zweiten Herstellerabschlag auf den Listenpreis für innovative Arzneimittel werden. Die aktuelle gesetzliche Regelung, dass sich die GKV mit den Pharmaunternehmen auf eine Preis-Mengenregelung verständigen muss, ist ausreichend und darf nicht verschärft werden. Denn eine weitere Verschärfung würde eine Abkehr von einem nutzenbasierten Erstattungsbetrag bedeuten. Die ursprüngliche Zielsetzung des AMNOG-Verfahrens gerät zunehmend aus dem Blickfeld. Das Preis-Mengenmodell ist immer noch ein sehr junges Kosteneinsparinstrument. Dieses wird in den nächsten Jahren das vom Gesetzgeber im Rahmen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes aus dem Jahr 2022 antizipierte Einsparvolumen erreichen. Eine weitere Verschärfung ist zum jetzigen Zeitpunkt weder zweckdienlich noch notwendig.

4. Keine Wiedereinführung von weiteren Preisregulierungsinstrumenten bei Impfstoffen

Die Empfehlungen zur zusätzlichen Preisregulierung von Schutzimpfungen verkennen eine zentrale Lehre der jüngsten Vergangenheit: Versorgungssicherheit bei Impfstoffen ist kein Selbstläufer. Die Wiedereinführung von Rabattverträgen, ein pauschales Preismoratorium und zusätzliche Preisverhandlungen würden denselben Mechanismen folgen, die der Gesetzgeber im Jahr 2017 nach konkreten Lieferausfällen bewusst abgeschafft hat. Impfstoffe sind keine Standardarzneimittel – ihre Entwicklung ist hochkomplex, ihre Produktion kapital- und zeitintensiv und ihr gesellschaftlicher Nutzen geht weit über die individuelle Therapie hinaus. Regulierungsmaßnahmen, die den wirtschaftlichen Rahmen für Hersteller systematisch verschlechtern würden, riskieren, Deutschland als verlässlichen Impfstoffmarkt zu schwächen – mit direkten Folgen für die Durchimpfungsraten, die die Kommission selbst als schützenswert bezeichnet.

Wir brauchen nachhaltige strukturelle Reformen und keine Kostendämpfung zulasten des Standorts und der Versorgung.

Hinzu kommt, dass die neue US-Arzneimittelpolitik die strukturellen Schwächen der deutschen Nutzenbewertung sichtbar macht und ihre Auswirkungen verschärft. Insbesondere die Vorschläge der Finanzkommission zur Erhöhung und Dynamisierung des Herstellerabschlags hätten sehr negative Auswirkungen für die Versorgung mit innovativen Arzneimitteln. Wir brauchen ein Marktumfeld, das Innovation fördert, statt bremst. Dazu gehört ein Erstattungssystem, das den Wert von Arzneimittelinnovationen anerkennt und vergütet.

Mit Reinvestitionsquoten von bis zu 17 Prozent investiert die Branche deutlich mehr als die meisten anderen Sektoren. Diese Innovationskraft ist ein entscheidender Motor für Deutschlands Wirtschaft. Deutschland ist stark in der Medikamentenforschung: Jährlich investieren die forschenden Pharma-Unternehmen mehr als 9,9 Milliarden Euro in neue Arzneimittel und innovative Therapien.

Sanofi plant bis zum Jahr 2030 Investitionen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro in den Sanofi-BioCampus Frankfurt – ein klares Bekenntnis zum Standort Deutschland. Doch diese Investitionen sind keine Selbstverständlichkeit. Sie entstehen im Vertrauen auf verlässliche Rahmenbedingungen und eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik. Wir stehen im internationalen Wettbewerb um Pharma-Investitionen. Es geht um nicht weniger als technologische Souveränität, Versorgungsresilienz und die Fähigkeit, auch in Krisenzeiten eine hochwertige medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Über Sanofi

Sanofi ist ein forschendes Biopharma-Unternehmen, das KI anwendet und sich dafür einsetzt, das Leben der Menschen zu verbessern und verantwortungsvoll zu wachsen. Wir wenden unser tiefgreifendes Verständnis des Immunsystems an, um weltweit Millionen von Menschen lebensrettende Impfstoffe und Behandlungsoptionen anzubieten. Von unserer innovativen Pipeline könnten Millionen weitere Menschen profitieren. Unsere Mitarbeitenden eint eine Bestimmung: Wir erforschen die Wunder der Wissenschaft, um das Leben der Menschen zu verbessern. Das inspiriert uns, Fortschritte und einen Mehrwert für unsere Mitarbeitenden sowie die Gesellschaft zu erzielen, indem wir die dringendsten Herausforderungen unserer Zeit im Gesundheitswesen, der Umwelt und Gesellschaft adressieren.

Sanofi ist an den Börsen EURONEXT: SAN und NASDAQ: SNY gelistet.

Kontakt

Miriam Liebelt-Henn | +49 170 453 1633 | presse@sanofi.com

Ralph Hug | + 49 173 68 94 975 | presse@sanofi.com

Wenn Sie keine weiteren Pressemitteilungen zu diesem Thema empfangen möchten, antworten Sie bitte auf diese Mail und ergänzen Sie im Betreff "Abmeldung".